



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 209 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/134

6. Oktober 1949

Gebilde russischer Machtpolitik

Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Dr. Kurt Schumacher, stellte uns folgende Stellungnahme zur neuesten Phase der sowjetischen Besatzungspolitik zur Verfügung:

Man kann erfolgreich bestreiten, dass der neue Oststaat überhaupt ein Staat ist. Dazu fehlt ihm auch der Ansatz zur Bildung seiner eigenen Souveränität, er ist eine Ausserungsform der russischen Aussenpolitik.

Noch weniger aber ist dieser sogenannte Oststaat neu. Er besteht tatsächlich seit 1945. Er hatte ursprünglich keine deutschen zentralen Organe. Dafür funktionierte die sowjetische Militäradministration gegenüber den fünf Ländern der Ostzone und Berlin als Ersatz für eine zentrale deutsche Stelle. Als dann 1947 die Wirtschaftskommission von den Sowjets eingesetzt wurde, war sie ein Ersatz für eine deutsche Zentralinstanz, aber immer nur eine Funktion der russischen Militärregierung. Niemals hat die Wirtschaftskommission die Bildung und die Durchsetzung eines eigenen Willens oder auch das Bemühen dazu gezeigt.

Jetzt ist der Oststaat ein Versuch, die magnetischen Kräfte des Westens mit Hilfe staatlicher Machtmittel und eines scheinbaren Willens der deutschen Bevölkerung dieser Zone abzuwehren. Er bedeutet die Anerkennung der Tatsache, dass bis auf weiteres das grosse russische Unternehmen, ganz Deutschland in die politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Formen der Sowjets hineinzuzwingen, gescheitert ist. Die Loslösung der Ostzone durch die Russen, wie sie 1945 radikal und erfolgreich eingeleitet wurde, bedeutete das Hinausdrängen der westalliierten Einflüsse und der internationalen Kritik. Es war aber zur gleichen Zeit das Ende jeder

demokratischen Freiheit der Deutschen in dieser Zone. Die westlichen Alliierten tragen an dieser Entwicklung viel Schuld. Die Russen

hefteten im Kampf um die politische Kräfteverteilung Europas Erfolg um Erfolg an ihre Fahnen. Es waren deutsche Gegenkräfte, vor allem

die Sozialdemokratie, die die politische Abneigung der Deutschen gegen die Methoden des Totalitarismus geformt, ausgedrückt und im Kampf

durchgeführt haben.

Aber diese scheinbaren Erfolge der Russen zeitigten auch andere politische und psychologische Ergebnisse; die kommunistischen

Satelliten der Russen in Deutschland wurden in den drei Westzonen fast völlig zerschlagen. Die Abneigung gegen die Sowjets ist so

stark gewachsen, dass sie zeitweise sogar die berechtigte Abwehr gegen westliche Fehler geschwächt hat. Bei der grossen Masse der

Deutschen steht Sowjetrussland ausserhalb jeder Diskussion und wird völlig negativ betrachtet. Parallel damit wurde durch die übermässige

Entnahme von Reparationen aus der Ostzone die Position der Sowjetrussen in der internationalen Reparationspolitik immer schwächer.

Die Behandlung ihrer Ansprüche durch die westlichen Alliierten und die anderen Gläubiger Deutschlands ist grundsätzlich negativ und nur

zeitweise durch opportunistische Erwägungen korrigiert worden. Jedes Bemühen der Sowjets, in die internationale Kontrolle der Ruhr einzudringen, ist zur Erfolglosigkeit verdammt. Alle Versuche, mit Hilfe

der Kommunisten westdeutsche Regierungsstellen zu beeinflussen, müssen scheitern. Die Kommunisten in Westdeutschland spielen eine erbarmungswürdige Rolle. Die russische Hypothek ist zu schwer, und

das Eintreten für die sowjetische Politik, diffamiert jeden Kommunisten.

Der Protest der Sowjets gegen die deutsche Bundesrepublik im Westen ist ein selbstverständlich gewordenes Begleitgeräusch. In

Deutschland entrüstet sich niemand mehr über die Verdrehung der Tatsachen und die Lügenhaftigkeit dieser Argumentation. Selbst die herz-

zerreissende Einfältigkeit in Dingen der politischen Psychologie wird kaum noch zur Kenntnis genommen.

Das darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Etablierung dieses sogenannten Oststaates eine Erschwerung der deutschen Einheit ist.

Die Verhinderung dieser Einheit aber kann dieses Provisorium im Osten nicht bedeuten, weil das deutsche Volk und besonders die Bevölkerung

der Ostzone dieses Gebilde russischer Machtpolitik auf deutschem Boden ablehnt.

Am Montag Wahlen in Norwegen

 Von unserem skandinavischen K.V.-Korrespondenten

Am 10. Oktober finden die Stortingswahlen in Norwegen statt. Sie entscheiden darüber, ob die norwegische Sozialdemokratie (Arbeiterpartei), die seit dem Oktober 1945 mit einer Mehrheit von einem Stortingsmandat vier Jahre hindurch allein die politische Verantwortung getragen hat, erneut die gleiche Vollmacht von den norwegischen Wählern erhält.

Die Oktoberwahlen von 1945 hatten folgendes Resultat:

Parteien	Stortings- mandate	Stimmzahl	in Prozenten
Arbeiterpartei	76	609 348	41.0
Konservative (Høyre)	26	252 608	17.0
Liberales (Venstre)	20	204 852	13.8
Kommunisten	11	176 535	11.9
Bauerpartei	10	119 362	8.0
Christliche Volkspartei	8	117 813	8.0
Splittergruppen	-	4 707	-
Gesamt:	150	1 485 225	100.0

Die Arbeiterpartei kann für sich buchen, dass sie unter den schwierigen Nachkriegsverhältnissen den Lebensstandard breiter Schichten der Bevölkerung, der Fischer, der Kleinbauern und der am schlechtesten entlohnten Arbeitergruppen zum Teil über das Friedensniveau vom Jahre 1939 gehoben hat. Das Land wurde in dieser Zeit vor Inflation, aufreibenden Arbeitskämpfen und politischer Unruhe bewahrt. Seit Ende des Krieges sind soziale Reformen durchgeführt worden, die den breiten Schichten der Bevölkerung Sicherheit gewährleisten im Alter, bei Unglücksfällen, Krankheit und Arbeitslosigkeit. Eine allgemeine Kinderversicherung und ein dreiwöchiger Urlaub für alle Lohn- und Gehaltsempfänger sind in diesem Zeitraum gesetzlich verankert worden. Die Wirtschaftspolitik der Regierung hat zu einer Volksbeschäftigung geführt und die neulich vorgenommene Abwertung der norwegischen Krone hat deshalb keine Unruhe hervorgerufen, weil Löhne und Gehälter an die Indexbasis gebunden sind.

Man kann daher mit Sicherheit voraussagen, dass die Arbeiterpartei durch die Wahl erneut als stärkster politischer Faktor des

Landes bestätigt wird, wobei dahingestellt bleibt, ob es ihr gelingt, die Mehrheit der Mandate im Storting zu behalten. Im Lager

der Oppositionsparteien kann eine Reihe von Verschiebungen eintreten. Es ist möglich, dass die Konservativen einige Mandate gewinnen.

Das gleiche gilt auch für die Bauernpartei, die aus speziellen Gründen, die heute nicht mehr so stark ins Gewicht fallen, in den Oktoberwahlen 1945 starke Verluste erlitten hatte.

Die Christliche Volkspartei hat keine grossen Aussichten, ihre bisherigen Mandate zu behalten und die Liberale Partei (Venstre)

wird kaum ihre bisherige Stärke überschreiten, weil sie in ihrer Wirtschaftspolitik, gespalten ist. Ein Teil dieser Partei neigt prin-

zipiell zu den Auffassungen der Arbeiterpartei und tritt für Preisfestsetzungen, Subventionen und Regulierung der Wirtschaft ein,

während der andere Teil dieser Partei eine ungebundene Wirtschaft befürwortet.

Die Kommunistische Partei in Norwegen hat kaum Aussicht, ihre bisherigen Mandate zu behalten. Wahrscheinlich wird sie diejenige

Partei sein, die relativ die stärksten Verluste erleiden dürfte.

Zusammenfassend kann man sagen, dass der Wahl Ausgang in Norwegen das politisch stabile Bild bestätigen wird, das die skandinavischen

Länder seit vielen Jahren der Welt gezeigt haben.

* * *

Der gefeierte Kastner

sp. Man habe ihn geradezu fürstlich behandelt, erklärte Professor Dr. Kastner in einem kleinen Kreis, als er in der Nacht vom 23.

zum 24. September auf dem Flugplatz Schönfeld/Sa. aus Moskau ankam. Unter anderem hatte man ihm einen kostbaren Buchara-Teppich über-

reicht und sich auch sonst in liebenswürdiger Gastfreundschaft überboten.

Kastner selbst ist die Art seiner Aufnahme in Moskau so aufgefallen, dass er Tulpanow nach den Gründen dafür fragte. Dieser habe

ihm offen gesagt, man brauche ihn, Kastner, bei der Konstituierung einer Ostzonenregierung, weil er einer der für die Russen wichtig-

sten Männer aus dem bürgerlichen Lager sei.

Tulpanow und Semjonow waren übrigens, nach der gleichen Infor-

mation, zur selben Zeit wie Kastner in Moskau und verhandelten in Anwesenheit Kastners mit General Bongajowski, der eine Art Mittler zwischen den in Berlin tätigen hohen Sowjetfunktionären wie Tulpanow und Samjonow auf der einen, dem Krenl auf der anderen Seite, ist. Für ein paar Tage war übrigens auch Heinrich Rau zur gleichen Zeit in Moskau.

Kastner wohnte in Moskau im "Hotel Moskwa". Eines Tages erlebte er dort ein kleines Erdbeben, dessen Ursache unbekannt blieb: das Licht ging aus, die Fensterscheiben flogen heraus und ein heftiger Stoss erschütterte das Haus, so dass es für einige Stunden geräumt wurde. Wir wissen nicht, ob ihm dieses Erlebnis als ein Menetekel für seine politische Laufbahn erschienen ist.

weitere

Professor Kastner ist ein besonders unerfreulicher Typ, geltungsbedürftig, eitel, mit dem Versuch, als Grandseigneur zu wirken. Auch in Kreisen seiner Parteifreunde aus der Ostzonen-LDF ist er heute durch seine vollkommene Hörigkeit gegenüber den Sowjets und ihren deutschen Auftraggebern völlig diskreditiert.

* * *

"Tito-Advokat" Zilliacus

sp. Der bekannte englische Politiker Konni Zilliacus, der vor etwa einem halben Jahr aus der Labour Party aufgrund vieler Verstöße gegen die Parteidisziplin ausgeschlossen wurde, hat kürzlich das Jugoslawien Titos und diesen selbst besucht. Er hat darüber in britischen Zeitungen und Zeitschriften sehr positiv berichtet, den angeblich weit vorangeschrittenen Stand der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes geschildert und Tito selbst geradezu verherrlicht. Daraufhin hat auch ihn die sowjetische Kritik in Form eines Krawda-Artikels hart angefaßt und ihn als "Tito-Advokaten" und Faschistenfreund gebrandmarkt. Das ist nach der russischen Gepflogenheit des letzten Jahres nicht verwunderlich.

Für Zilliacus aber muss dieser Ordnungsruf recht peinlich sein, denn er war es gerade, der in der Vergangenheit sich in Lobpreisungen des Sowjetystems nicht genug tun konnte, der die sozialdemokratischen Parteien Westeuropas, in Sonderheit die SPD, immer wieder scharf angriff, sie des "Verrates" an der gemeinsamen Sache der Werktätigen bezichtigte, der kein Wort des Bedauerns fand, als die sozialdemokratischen Parteien in Osteuropa liquidiert wurden und der dafür manches sowjetische Lob für sich buchen konnte. - Der Sympathie für Tito freilich darf sich heute niemand schuldig machen, wenn er nicht die Freundschaft Moskaus riskieren will.

* * *